

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Carsten Hübner  
und der Fraktion der PDS  
– Drucksache 14/3636 –**

### **Weltbankbeteiligung am Öl- und Pipelineprojekt im Tschad und in Kamerun**

Die Weltbank hat am 6. Juni 2000 Kredite in Höhe von 193 Mio. US-Dollar für die Erdölförderung im Süden des Tschad und eine über 1 000 km lange Pipeline quer durch Kamerun bewilligt.

Ein Konsortium bestehend aus den weltweit größten Ölkonzernen Exxon-Mobil, dem US-Unternehmen Chevron und der malaysischen Petronas sind Investoren des 3,7 Mrd. Dollar-Vorhabens. Die Unterstützung der Weltbank gilt als politische Absicherung für die Privatinvestoren (Financial Times Deutschland, 5. Juni 2000).

Nachdem die Ölkonzerne von Menschenrechtlern und Umweltschützern in der Vergangenheit beschuldigt wurden, für repressive Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung und Umweltverseuchung mitverantwortlich zu sein, fürchteten die Ölmultis weitere Imageschädigungen.

Kritiker des Projektes in aller Welt befürchten, dass sich ähnliche Entwicklungen wie im nigerianischen Gebiet der Ogoni ergeben und das Projekt zu ökologischer Zerstörung, Vertreibungen und Verarmung der Menschen in der Förderregion führen werden. Menschenrechtsgruppen im Tschad berichten, dass Gegner der Pipeline massiv bedroht werden; im Süden, dem Ölgebiet, schwelt ein Bürgerkrieg. Sie forderten einen Aufschub des Projekts um zwei Jahre, in denen die beteiligten Regierungen einen gesetzlichen Rahmen und soziale und ökologische Programme entwickeln sollten.

In Kamerun, durch das der größte Teil der Pipeline gebaut wird und dessen Regierung in Verdacht steht, in erheblichem Umfang von Korruption geprägt zu sein, sind Regenwaldgebiete betroffen.

Über die Position, die von dem Vertreter der Bundesregierung vor Ort eingenommen wird, berichtete die Zeitung Financial Times (deutsche Ausgabe vom 5. Juni 2000) wie folgt: „Von weit weniger Zweifeln wird der deutsche Botschafter im Tschad geplagt. Für Exxon sagt er in einer bemerkenswert aufwendigen Präsentation im Internet, die Pipeline sei „das wichtigste ökonomische Projekt für den Tschad“.“

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 5. Juli 2000 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

1. Wie schätzt die Bundesregierung die politische Lage im Tschad und in Kamerun ein?

Die politische Lage in Kamerun kann gegenwärtig als stabil angesehen werden. Das Land konnte u. a. aufgrund erfolgreicher Reformen in den letzten Jahren wieder eine positive wirtschaftliche Entwicklung verzeichnen. Im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative ist die kamerunische Regierung verpflichtet, die durch die Schuldenerleichterung freiwerdenden Mittel verstärkt auch zur Bekämpfung der Armut im Land einzusetzen.

Die politische Lage im Tschad kann derzeit als ruhig bezeichnet werden, wenngleich dieses Gleichgewicht nach fast 30 Jahren Bürgerkrieg noch nicht vollständig gefestigt ist. Dies zeigte sich in den vergangenen Jahren an wiederholt aufflammenden Widerständen im Norden und Süden des Landes. Auch im Tschad wird im Rahmen der HIPC-Initiative eine Armutsbekämpfungsstrategie entwickelt, die Grundlage sein wird für die Verwendung der durch die Schuldenerleichterung frei werdenden Mittel zur Armutsbekämpfung.

2. Hat die Bundesregierung Kenntnis über Menschenrechtsverletzungen?

Wenn ja, wie hat sich die Lage dort in den letzten Jahren entwickelt?

Die Menschenrechte werden in Kamerun mit Einschränkungen gewährleistet. Formale Verbesserungen wie die Ratifizierung der Anti-Folterkonvention finden in der Praxis nur eingeschränkt Anwendung. Insgesamt hat sich die Lage in den vergangenen Jahren jedoch keinesfalls verschlechtert.

Auch im Tschad sind trotz Verbesserungen noch erhebliche Anstrengungen nötig, um die Menschenrechtsstandards der Verfassung durchzusetzen. Der inzwischen erreichte, wenn auch im Einzelfall nicht immer zufriedenstellende Standard und die verbale Bekräftigung durch die Regierung sind jedoch nach den Bürgerkriegsjahren als Fortschritt zu werten.

3. Welche Position hat die deutsche Regierung bei der Entscheidung der Weltbank eingenommen?

Die Bundesregierung hat im Rahmen der Entscheidung des Exekutivdirektoriums der Weltbank zum Vorhaben im Juni d. J. – nach langem Abstimmungsprozess – der Beteiligung der Weltbank zugestimmt. Mit Ausnahme Italiens, das sich der Stimme enthalten hat, haben alle anderen Anteilseigner ebenfalls zugestimmt. Das BMZ hatte die Projektplanungs- und Prüfungsphase jahrelang kritisch begleitet. Durch zahlreiche Initiativen, Nachfragen und Forderungen, in die auch die Argumente vieler Nichtregierungsorganisationen (NRO) eingeflossen sind, hat die Bundesregierung mit dazu beigetragen, dass die Weltbank in den vergangenen Jahren bezüglich Projektgestaltung, -begleitung und -überwachung gemeinsam mit den betroffenen Regierungen wichtige Verbesserungen erreicht hat.

Die Zustimmung Deutschlands war allerdings davon abhängig gemacht worden, dass eine internationale Überwachungsgruppe („International Advisory Group“) für das Vorhaben eingerichtet wird.

4. Teilt die Bundesregierung die Position des deutschen Botschafters im Tschad?

Der ehemalige deutsche Botschafter im Tschad hat sich in dieser Funktion verschiedentlich zu dem Vorhaben geäußert. Die Stellungnahmen der Botschaft sind wie die anderer Beteiligter in die Bewertung der Bundesregierung eingeflossen.

5. Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage des deutschen Botschafters „dies sei das wichtigste ökonomische Projekt für den Tschad“ unter dem Gesichtspunkt, dass dies als Imagepflege für den Ölkonzern Exxon verstanden werden kann?

Kamerun und der Tschad sind sehr arme Länder. Über 80 % der Menschen im Tschad leben von weniger als einem Dollar pro Tag. Das Öl stellt eine wertvolle Ressource und zweifellos eine große Chance dar. Nach Angaben der Weltbank wird das Vorhaben zu Einnahmen in Höhe von 1,8 Mrd. US-\$ für den Tschad und 550 Mio. US-\$ für Kamerun in den nächsten 28 Jahren führend. Im Tschad entspricht diese Größenordnung ca. der Hälfte des jährlichen Staatshaushaltes. Das Vorhaben birgt daher zweifellos ein großes ökonomisches Potential für den Tschad. Imagefragen bezüglich der beteiligten Ölkonzerne spielen für die Bundesregierung bei dieser Bewertung keine Rolle.

6. Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, dass die Regierung des Tschad eine „Prämie“ von 25 Mio. Dollar von dem o. g. Konsortium erhielt, die Präsident Idriss Déby nach Angaben der Opposition bei seinen Reisen nach Italien und in die Türkei für den Kauf von Waffen ausgegeben hat (Internet-Ausgabe der taz vom 6. Juni 2000) und inwieweit hält sie die Vergabe von Weltbankkrediten, deren vorrangiges Ziel die Armutsbekämpfung sein soll, in diesem Zusammenhang für berechtigt?

Nach Auskunft der Weltbank hat die Regierung des Tschad 25 Mio. US-\$ vom Konsortium erhalten. Die Regierung hat öffentlich verkündet, dieses Geld, wie alle Einnahmen aus dem Ölprojekt, im Rahmen der entsprechenden Vereinbarungen und Gesetze zu verwenden. Grundlage hierfür ist das vom tschadischen Parlament bereits 1998 verabschiedete Gesetz zur Verwendung der Öleinnahmen, das die prioritäre Verwendung der Einnahmen zugunsten der Armutsbekämpfung festlegt (Einzelheiten zur Einnahmeverwendung und deren Kontrolle: siehe Antwort zu Frage 12).

7. Wie sollen die Kredite der Weltbank verwendet werden?

Die Weltbank hat dem Tschad einen Kredit in Höhe von 39,5 Mio. US-\$ und Kamerun in Höhe von 53,4 Mio. US-\$ zur Finanzierung der Aktionärsanteile der beiden Regierungen an der Betreibergesellschaft (siehe auch Antwort zu Frage 8) gewährt. Die Mittel werden zur Finanzierung des Öl-Transportsystems eingesetzt. Projektbegleitend wurden drei IDA-Kredite im Bereich Aufbau von Kapazitäten beschlossen (zwei für den Tschad, eines für Kamerun). Diese Projekte zielen auf ein geeignetes Ressourcenmanagement, bezwecken aber auch den Aufbau von Strukturen zur Bewältigung von Aufgaben im sozialen Bereich

sowie von Strukturen, die eine partizipative Gestaltung der Armutsbekämpfungsstrategien und friedliche Konfliktlösungsmechanismen gewährleisten. Die IDA-Kredite belaufen sich insgesamt auf 47 Mio. US-\$. Die Einhaltung von Umsiedlungs- und Umweltrichtlinien der Weltbank, einschließlich getroffener Vereinbarungen zu Partizipation (siehe Antwort zu Frage 9) und Überwachung sowie Verwendung der Einnahmen zugunsten der Armutsbekämpfung, sind Bestandteil der Projektvereinbarung.

8. Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, dass die beteiligten Ölkonzerne insgesamt 100 Mio. US-Dollar durch die Weltbank-Tochter International Finance Corporation (IFC) zur Förderung des privaten Sektors erhalten werden und wie sollen diese Mittel verwendet werden?

IFC wird den Betreibergesellschaften – TOTCO (Tschad Oil Transportation Company) und COTCO (Cameroon Oil Transportation Company) –, die jeweils Eigentümer der Ölexportsysteme sein werden, einen Kredit von 100 Mio. US-\$ zur Finanzierung der Projektkosten gewähren. Der Kredit ist die Basis für weitere 300 Mio. US-\$ seitens privater Firmen.

9. Wie stellt die Weltbank sicher, dass die Menschen in den betroffenen Dörfern an den Entscheidungs-, Planungs- und Kontrollprozessen beteiligt sind und über ihre Rechte informiert werden?

Die Einbeziehung der Bevölkerung ist zweifellos ein entscheidender Faktor für einen konfliktfreien und der Bekämpfung der Armut in den betroffenen Ländern dienenden Projektverlauf. Im Rahmen der Planungsphase hat es, nach Angaben der Weltbank, sehr häufige und intensive Gespräche mit den Betroffenen gegeben. Über die Qualität dieser Gespräche gibt es jedoch unterschiedliche Aussagen. Folgende Schritte wurden eingeleitet, um Partizipation im Rahmen der Projektdurchführung zu gewährleisten:

- In der Kontrollkommission, welche die adäquate Verwendung der Mittel im Tschad kontrollieren soll, werden Vertreter der lokalen Bevölkerung Mitglied sein.
- Die Kompensationsstrategiepläne, wie auch der „Indigenous Peoples Plan“ für Kamerun sehen ausdrücklich die kontinuierliche Einbeziehung der Betroffenen vor. Dies ist Teil der Projektvereinbarung der Weltbank.
- Eine einzusetzende externe Überwachungsgruppe (Environmental Monitoring Group), welche die Einhaltung des Umweltmanagementplanes überwachen soll, wird dies in Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen tun.
- Es ist ausdrücklich vorgesehen, dass die beschlossene „International Advisory Group“, die ein kontinuierliches externes und neutrales Monitoring des Gesamtvorhabens, insbesondere der Einnahmeverwendung zugunsten der Armutsbekämpfung, gewährleisten soll, in ihre Arbeit den Dialog mit der lokalen Bevölkerung einbezieht. Sie soll auch der Zivilbevölkerung im Tschad und in Kamerun ermöglichen, eventuelle Bedenken und Kritik gegenüber einer neutralen Instanz zu äußern.
- Die Bundesregierung hat im Rahmen der Aussprache im Exekutivdirektorium eingefordert, dass die angekündigte halbjährliche Berichterstattung der Bank zu dem Vorhaben, eine Darstellung und Beurteilung des Partizipationsprozesses enthalten soll.

– Es ist eine Verknüpfung der Einnahmeverwendung mit den – partizipativen – Armutsbekämpfungsstrategien, die in beiden Ländern im Zusammenhang mit der Umsetzung der erweiterten HIPC-Initiative entwickelt werden, vorgesehen. Die geplanten IDA-Maßnahmen umfassen Beiträge zur Unterstützung des partizipativen Ansatzes bei der Formulierung von Armutsbekämpfungsstrategien.

10. Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Regierungen des Tschad und Kameruns ein Programm für Entschädigungen, Ausgleichszahlungen und Wiederansiedelungen entwickelt haben?

Ja.

10. a) Wenn ja, wie wird von der Weltbank sichergestellt, dass diese Programme auch umgesetzt werden?

Es wurden Kompensations- und Umsiedlungspläne für den Tschad und Kamerun – auf Basis der entsprechenden Weltbank-Richtlinien – erstellt. Deren Umsetzung ist Teil der Projektvereinbarung seitens der Weltbank. Eine Überwachung wird auf verschiedenen Ebenen stattfinden: seitens Exxon, die hierzu vierteljährlich der Bank Bericht erstatten muss; seitens der externen „Environmental Monitoring Group“, seitens der Weltbank selbst, die zugesagt hat, ihre Präsenz vor Ort zu verstärken und seitens der „International Advisory Group“.

10. b) Welche Mittel stehen für diese Programme zur Verfügung und wieviele Menschen sind von Umsiedlungsmaßnahmen betroffen?

Im Tschad werden nach Angaben der Weltbank 60 bis 150 Haushalte umzusiedeln sein. In Kamerun ist keine Umsiedlung vorgesehen. Darüber hinaus sind Anwohner in beiden Ländern durch Ernteausfall u. a. infolge des Pipeline-Baus betroffen. Die Kosten der Umsetzung des Kompensations- und Umsiedlungsplans für den Tschad werden auf 2,3 bis 2,8 Mio. US-\$ geschätzt. Für Kamerun wird mit Kompensationen in Höhe von 4,5 bis 5,5 Mio. US-\$ gerechnet. Finanziert werden die Pläne seitens Esso/TOTCO bzw. COTCO und der Regierung von Kamerun.

11. Welche juristischen Möglichkeiten haben Menschen im Tschad und in Kamerun, um ihre Bürgerrechte einzuklagen?

Die Verfassungen beider Länder schreiben eine unabhängige Justiz vor, die bei Verletzungen der Bürgerrechte angerufen werden kann. Aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung kennt seine Rechte und Möglichkeiten bzw. hat Zugang zu formalen juristischen Institutionen. Diese sind häufig überlastet, ineffizient und nicht immer frei von politischer Einflussnahme.

12. Wurde vor der Vergabe der Kredite sichergestellt, dass die Erdöleinnahmen der Regierung des Tschad für eine zukunftsweisende Politik, z. B. zur Armutsbekämpfung verwendet werden, und welche Möglichkeiten der Kontrolle wurden Nichtregierungsorganisationen zugestanden?

Das tschadische Parlament hat im Jahr 1998 ein Gesetz zur Einnahmeverwendung der Öleinnahmen verabschiedet, das die prioritäre Verwendung der Einnahmen für direkte Ausgaben zugunsten der Armutsbekämpfung vorsieht (80 % bis 90 % der Nettoeinnahmen). 10 % der Nettoeinnahmen sollen in einen Fonds zugunsten zukünftiger Generationen eingezahlt werden. Zur Kontrolle dieser Verwendung sieht das Gesetz eine Kontrollkommission vor. Dieser Kommission werden auch Vertreter lokaler NRO angehören. Die zahlenmäßige Zusammensetzung steht noch nicht fest.

Die Verwendung der Einnahmen zugunsten der Armutsbekämpfung ist zentrales Element des Mandats der „International Advisory Group“, die das Projekt kontinuierlich überwachen und der Weltbank berichten wird.

Die Umsetzung des Einnahmeverwendungsprogramms ist ebenfalls Teil der Projektvereinbarung der Weltbank.

13. Wie stellt die Weltbank sicher, dass das Konsortium die Menschenrechte und den Schutz der Umwelt sicherstellt?

Zur Gewährleistung des Umweltschutzes ist ein Umweltmanagementplan entwickelt worden, dessen Umsetzung Teil der Auflagen des Weltbankkredites ist. Die Umsetzung wird überprüft (siehe auch Antwort zu Frage 10a) – seitens Exxon, seitens der Bank, seitens einer Environmental Management Group, seitens der beiden Regierungen und auch seitens der International Advisory Group. Alle Instanzen sind zu regelmäßiger Berichterstattung verpflichtet.

Die Beobachtung der Menschenrechtssituation im Kontext mit dem Ölvorhaben ist explizit als Bestandteil des Mandats der International Advisory Group, die der Weltbank regelmäßig Bericht erstatten wird, vorgesehen.



